Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrage gebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise: die 6gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Eingesandte Texte nach Maßgabe der Redaktionsgesetze und Preisvorschriften. Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 6. 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend, den 8. Januar 1927

Schöne Aussichten!

Von neuen Besen pflegt man zu sagen: sie kehren gut. Aber das neue Jahr, das wir vor einer Woche aus der Taufe hoben, scheint um einen freundlichen Anfangseindruck nicht besorgt zu sein. Vielleicht liegt es an den ebenso rausch- und geräuschvollen Einzugsfeierlichkeiten, mit denen es diesmal wieder begrüßt worden ist, daß der in solchen Fällen übliche Katzenjammer einen so großen Umfang angenommen hat. Tatsache ist jedenfalls, daß schon am Neujahrstag in der Reichshauptstadt von einer wahren Selbstmordepidemie zu berichten war, und daß diese sonderbare Erscheinung, die man sonst allenfalls bei ganz außergewöhnlichen Hitzegraden der Hochsommertage zu beklagen hat, sich seitdem auch anderwärts in vielen Gegenden des Reiches, ja ebenso draußen in der Fremde, in den Vereinigten Staaten zum Beispiel, mit unheimlicher Heftigkeit fortgesetzt hat.

*

In Berlin z. B. wurden schon in den ersten drei Januartagen rund zwei Dutzend Fälle von Selbstmorden gezählt, von denen wieder einmal die liebe Jugend den Hauptteil gestellt hat. Es ist eigentlich unverantwortlich, daß keine beamtete Reichs- oder Gemeindestelle sich mit der Sammlung und genauen Durchforschung dieser mehr als bloß betrübenden, dieser außerordentlich bedrohlichen Vorkommnisse beschäftigt. Ist es in dem einen Fall ein junger Mensch, dem lang andauernde Arbeitslosigkeit die Lust am Leben genommen hat, so hören wir unmittelbar darauf von einem Sohn aus gut bürgerlicher Familie, dem es weder an Beschäftigung noch an Privatvermögen gefehlt hat und der doch aus irgendwelchen ungeklärten Gründen zum Handtuch griff, um sich daran aufzuhängen. Ein dritter Fall: Zwei Freunde sitzen bis weit über Mitternacht hinaus fröhlich beim Glase Bier zusammen und trennen sich dann in der selbstverständlichen Annahme, daß der nächste Tag sie nach getaner Arbeit wieder in gewohnter Weise zu Gedankenaustausch und Abendunterhaltung zusammenführen werde. Statt dessen ruft, kaum, daß der Morgen graut, eine Amtsdepesche den Freund aus dem Bett, damit er Auskunft gebe über die letzten Stunden des Zechgenossen, der seinem Leben kurze Zeit, nachdem die beiden sich in bester Stimmung getrennt hatten, durch einen Revolverschuß ein Ende gemacht hatte.

Sicher, daß wir es hier durchaus nicht etwa mit einer spezifisch deutschen Sondererscheinung zu tun haben. Ähnliche Hiobsnachrichten wurden in der ersten Januarwoche auch aus Newyork verbreitet, wo unter anderem der sechzehnjährige Sohn eines Professors der Philosophie an der Universität von Rochester sich ins Jenseits flüchtete, weil, wie er schriftlich hinterließ, die Lektüre der Bücher seines Vaters ihn zu der Überzeugung gebracht habe, daß das Leben im Grunde gar keinen Sinn habe. Wenn schon jugendliche Gemüter an dieser „Erkenntnis" scheitern, was soll dann erst das Alter mit sich anfangen, das sich jetzt häufiger als je zuvor um den Lohn einer langen Lebensarbeit betrogen sieht und häufig wirklich nicht weiß, wie es seine Blöße decken, seinen jammervollen Hunger stillen soll? Gewiß ist das eine der leider nur viel zu vielen Fragen, die heutzutage leichter gestellt als beantwortet werden. Wurden schon so viele Reden und Artikel, soviel Lärm und Streit auf das Schmutz- und Schundgesetz verwandt, und das vielfach um bloß eingebildeter Sorgen willen, die vielleicht niemals Wirklichkeit werden dürften, so sollten alle die Kreise, die über diese Gesetzesvorlage nicht zur Ruhe kommen konnten, doch hier, angesichts der entsetzlichen Not in den Reihen unserer jugendlichen Volksgenossen, die Hände wirklich nicht in den Schoß legen. Eine Volksbewegung, die hier Hilfe und Rettung bringen wollte, würde gewiß alle Gutgesinnten rasch mit sich fortreißen.

*

Aber auch sonst läßt sich das neue Jahr nicht gerade lieblich an. Drüben, jenseits des Großen Wassers, brodelt es ganz bedenklich in dem Hexenkessel der mittelamerikanischen Staaten. Um schnöder Zinsinteressen willen wird Mexiko einem schweren Konflikt mit den Vereinigten Staaten ausgesetzt und amerikanische Truppen sind im Begriff, die Hauptstadt von Nikaragua zu besetzen, um dem Machthaber Hilfe zu bringen, der in Gefahr ist, vor einer siegreichen Revolution kapitulieren zu müssen. Das sind immerhin peinliche Aufgaben für die großen Herren von Washington, die unter dem Feldgeschrei des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen seinerzeit gegen uns die Waffen erhoben haben. Und im Fernen Osten erhebt sich wiederum der Volkszorn der Chinesen gegen die englische Weltmacht, die gleichfalls zu kriegerischen Mitteln ihre Zuflucht nehmen zu wollen scheint, um dort in dem Wettbewerb der Nationen nicht gar zu weit ins Hintertreffen zu geraten.

*

Vor unseren Toren aber erlaubt sich der auswärtige Minister der Polnischen Republik eine Sprache gegen die selbstverständlichen Maßnahmen der deutschen Politik, die schon beinahe als unverschämt bezeichnet werden muß. Polen weigert sich, in dem Streit um das große oberschlesische Stickstoffwerk von Chorzow den Schiedsspruch des Haager Gerichtshofes anzuerkennen, und es versagt mit der gleichen Dreistigkeit der Entscheidung des vom Vertrauen des Völkerbundes getragenen Präsidenten Calonder in der Schulfrage den Gehorsam. Zu gleicher Zeit aber erhöht der allmächtige Marschall Pilsudski unausgesetzt die Ausgaben für die Schlagfertigkeit der polnischen Armee, unter ständigem Hinweis auf angebliche Kriegsdrohungen von deutscher Seite! Wenn der Völkerbund diesem wahnsinnigen Treiben nicht sehr bald einen Riegel vorschiebt, dann wird er schon für 1927 sich auf mancherlei unliebsame Überraschungen gefaßt machen müssen.

Dr. Sy.

Die Arbeitslosenversicherung.

Statt Erwerbslosenfürsorge Erwerbslosenversicherung.

Ein neues sozialpolitisches Werk.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung ist dem Reichsrat und dem Reichstag zugegangen. Die Denkschrift ist ein starker Band. In der Begründung des Gesetzes wird die Entwicklung der Arbeitslosenhilfe im Deutschen Reich vor, während und nach dem Kriege geschildert und die Hauptgrundsätze, nach denen die Arbeitslosenversicherung gestaltet wird, werden klargestellt. Bei dem Gesetz handelt es sich um die Ablösung der bisherigen Erwerbslosenunterstützung durch Versicherung.

Als Versicherungsträger sind die Landesarbeitslosenkassen vorgesehen, die sich in der Hauptsache mit den Bezirken der Landesämter für Arbeitsvermittlung decken. Für den Fall der Arbeitslosigkeit sind die Personen versichert, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder des Reichsknappschaftsgesetzes für den Fall der Krankheit pflichtversichert sind, sowie diejenigen, die dem Angestelltenversicherungsgesetz unterliegen oder der Schiffsbesatzung eines deutschen Seefahrzeuges angehören. Ausnahmen für die Versicherung sind bei der Land- und Forstwirtschaft sowie auch in der Binnen- und Küstenschifferei vorgesehen. Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung hat der, der zwar arbeitsfähig und arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos geworden ist. Bei der Versicherung sollen Lohnklassen nach dem Arbeitsentgelt eingerichtet werden, nach denen sich die Hauptunterstützungen und die Familienzuschläge richten. Der Arbeitslose ist während des Bezuges der Hauptunterstützung auch für den Fall einer Krankheit versichert.

Die Mittel der Versicherung sollen durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht werden. Einen Vorteil aus dem Gesetz werden die Gemeinden haben, die zur bisherigen Erwerbslosenfürsorge 4/5 des Unterstützungsaufwandes beitragen mußten, von dem sie nach dem neuen Gesetzentwurf befreit werden sollen. Das Gesetz sieht ferner die Gewährung von Darlehen durch Reich und Länder für die Förderung solcher Maßnahmen vor, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die Einnahmen aus der Versicherung sollen über die Krankenkassen gehen, während die Ausgaben die Arbeitsnachweise zu regulieren haben.

Pilsudski zieht sich „endgültig und vollkommen" zurück.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Warschau, 7. Januar. Ueberraschenderweise wird heute von maßgebender Seite versichert, daß Marschall Pilsudski beschlossen hat, sich „endgültig und vollkommen" zurückzuziehen. Pilsudski ist der Ansicht, daß er das Seine getan habe. Er habe die politischen Leidenschaften im Lande besänftigt, die Gegensätze ausgeglichen, das Budget durchgeführt, die militärischen Ausgaben gekürzt, das Verhältnis zwischen Regierung und Sejm geregelt und nun könne er gehen. Die Ministerpräsidentschaft wolle er einem seiner nächsten Mitarbeiter übergeben. Es fragt sich, ob dies Bartels sein werde, da dessen Kandidatur auf den Widerstand der Sozialisten stoße. Das Kriegsministerium wolle er unter allen Umständen dem General Sosnkowski anvertrauen. Für sich werde er eventuell nur das Generalinspektorat der Armee behalten. Er wolle jedoch seinen Rückzug unabhängig vom Sejm vollziehen und infolgedessen sei die Verwirklichung dieses Planes noch vor dem 20. Januar, dem Eröffnungstage des Sejms, zu erwarten.

England rüstet.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 7. Januar. Das englische Luftfahrtsministerium hat auf Grund des neuen Luftprogramms 30 Riesen-Nacht-Bomben-Flugzeuge bestellt. Die Flugzeuge sollen mit 2000-PS-Napier-Motoren ausgestattet und mit grünbläulicher Farbe angestrichen werden, so daß sie selbst im Lichte der Scheinwerfer fast unsichtbar bleiben.

Polen verlangt die Herrschaft über die Ostsee.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Danzig, 7. Januar. Bei der gestrigen Einweihung der neuen polnischen Handelsschiffe in Gdingen bemerkte der polnische Handelsminister Kwiatkowski in seiner Rede, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß Pommerellen jemals in irgendeiner Form aufhören sollte, polnisches Land zu sein. Man müsse Pommerellen durch reale Bande mit Polen verknüpfen, vor allem durch intensive Arbeit auf dem pommerellischen Seeküstengebiet, durch Schaffung einer starken polnischen Handelsflotte und Eisenbahnen, die die Küste und Pommerellen mit dem Mutterlande (!) verbinden würden. — Der Posener Oberbürgermeister Ratajski erklärte, man sei sich dessen genau bewußt, daß lediglich eine ständige und volle Ausnützung der Seeküste und der eigenen Hafeneinrichtungen sowie die tatsächliche Herrschaft der polnischen Flagge auf der Ostsee Polen den Besitz dieses unschätzbaren Meeresstreifens gewährleisten könne. Die Ausführungen des Wojewoden von Pommerellen, des früheren Innenministers und Freund Pilsudskis, Mlodzianowski, gipfelten darin, daß die Bevölkerung Pommerellens es niemals zulassen werde, daß die Rechte Polens auf dieses Land jemals in Frage gestellt würden.

Keine Verhandlungen über Eupen-Malmedy.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Brüssel, 7. Januar. Die Meldung des Daily-Telegraph, wonach gegenwärtig Verhandlungen über Eupen-Malmedy zwischen Deutschland und Belgien stattfinden, wird vom belgischen Auswärtigen Amt dementiert.

Ein Schlag gegen Englands Ansehen.

Die Lage in Hankau.

Die Lage in Schanghai wird nach einer Londoner Agenturmeldung immer schlimmer. So gut wie die ganze Bevölkerung ohne Unterschied der Klassen befindet sich im Aufruhr gegen die Engländer, gegen die die übertriebensten Forderungen erhoben werden. Auch die „Daily Mail" weiß zu berichten, daß die Spannung in Hankau noch immer nicht nachgelassen hat.

Das offiziöse Reuterbureau meldet allerdings, daß in Hankau jetzt Ruhe herrscht, nachdem die englische Konzession von chinesischer Polizei in Gemeinschaft mit gelandeten englischen Marinetruppen bewacht wird. Der Abzug der englischen Freiwilligen aus dem Konzessionsgebiet und der Abtransport der Frauen und Kinder erfolgte in den Abendstunden in aller Stille. Viele englische Einwohner wollen durch die johlende Volksmenge belästigt worden sein. Nach dem Abzug wurde die englische Fahne vom Amtsgebäude heruntergerissen und durch die Kantonflagge ersetzt.

In England verhehlt man sich keineswegs, daß das englische Ansehen in China eine schwere Einbuße erlitten hat. In der Presse Londons wird von einem „äußerst demütigenden Schlag für das britische Prestige im Fernen Osten" gesprochen. Als besonders peinlich wird die Entwaffnung der britischen Freiwilligen auf Verlangen der Kantonesen empfunden, so daß die gesamte Konzession damit der Gnade der letzteren preisgegeben ist. In englischen Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß es sich bei den letzten Zwischenfällen um eine wohlüberlegte Taktik der Kantonregierung handelt, die die radikalen Elemente vorschiebt, um so ihre Forderungen nach Aufhebung der Konzessionen zu verwirklichen.

Die Instruktionen für Paris.

Eine neue Entwaffnungsnote.

Das Reichskabinett hat in fortgesetzter Beratung über die Instruktionen verhandelt, die den deutschen Unterhändlern, General von Pawelsz und Geheimrat Forster, für die Pariser Verhandlungen über die noch ausstehenden Punkte der Entwaffnungsfrage mitgegeben werden sollen. Die Beratungen sind zum Abschluß gediehen, die Instruktionen sind festgelegt und die beiden Unterhändler begeben sich nunmehr auf den Weg nach Paris.

Nach den Genfer Vereinbarungen muß die Verständigung über die Restpunkte zwischen Deutschland und den Westmächten bis zum 31. Januar erfolgt sein. Bei einem negativen Ergebnis erhält der Völkerbundrat das Wort. Die noch vorhandenen Differenzen betreffen die Festung Königsberg und die Halbfabrikate für Kriegsmaterial.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF